

## **Antrag**

**der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Jürgen Trittin, Rainer Steenblock, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Kai Gehring, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Ute Kozcy, Markus Kurth, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Europäische Arbeitszeitrichtlinie – Hohen Arbeitnehmerschutz EU-weit sicherstellen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Richtlinie 2003/88/EG zur Arbeitszeitgestaltung soll geändert werden. Derzeit formulieren die EU-Mitgliedstaaten in Brüssel die Position des Ministerrates für weitere Verhandlungen auf EU-Ebene. Im Rahmen eines Vermittlungsverfahrens wollen Ministerrat und Europäisches Parlament zügig eine Einigung erzielen. Die Bundesregierung setzt sich dabei dafür ein, dass in allen Branchen eine wöchentliche durchschnittliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden überschritten werden darf. Dies steht nicht im Einklang mit der Zusicherung der Bundesregierung, einen hohen sozialen Schutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland und in Europa zu gewährleisten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, als wesentliche Belange durchzusetzen, dass

1. die Opt-out-Option bei der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit abgeschafft und eine für alle Mitgliedstaaten verbindliche durchschnittliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche eingeführt wird. Den Mitgliedstaaten kann ein Übergangszeitraum von 36 Monaten nach Inkrafttreten der Richtlinie ermöglicht werden;
2. der gesamte Bereitschaftsdienst, einschließlich der inaktiven Zeiten, als Arbeitszeit angesehen wird.

Berlin, den 28. Januar 2009

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

